



Stadtverband Castrop-Rauxel

Kommunalwahlprogramm für die Wahl zum Rat der Stadt Castrop-Rauxel am 25. Mai 2014

0) Präambel

Soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und ökologische Nachhaltigkeit sind das Programm der LINKEN. Wir wollen Armut überwinden und Reichtum umverteilen. Wir wollen die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten und für künftige Generationen wieder verbessern. Wir wollen das gemeinsame öffentliche Eigentum stärken. Für Beschäftigte, genauso wie für Rentner und Erwerbslose fordern wir Respekt, Würde und ein gutes Leben. Wir wenden uns gegen Verarmung und Spaltung, gegen Ausgrenzung und Diskriminierung.

Alle Einwohnerinnen und Einwohner in Castrop-Rauxel sollen bei allen städtischen Entscheidungen ihre Interessen einbringen können, damit die Kommunalpolitik von allen Gruppen der Bevölkerung getragen wird. Wir wollen in einer lebenswerten Stadt mit einer bürgerfreundlichen Verwaltung wohnen.

1) Bildung und Kultur für alle

Bildung ist ein Menschenrecht. Alle Menschen haben ein Recht auf Ausbildung, Bildung und Kultur, unabhängig vom elterlichen Geldbeutel, von ihrer Herkunft und von ihrer Nationalität. Alle sollen gefördert werden und niemand darf zurückbleiben. Für den Bereich der schulischen Bildung ist unser Ziel „Eine Schule für alle“ bis mindestens zur 10. Klasse und mit individueller Förderung statt Auslese.

Insbesondere in den Bereichen der frühkindlichen Erziehung und der schulischen Bildung fühlen wir uns dem Inklusionsgedanken verpflichtet. Die UN-Konvention über Rechte von Menschen mit Behinderungen ist seit dem 26. März 2009 deutsches Recht. Inklusion ist das erklärte Ziel.

Wir fordern:

- weiteren Ausbau von Kindertageseinrichtungen, vor allem im Ganztagsbereich. Kinder-

- tagespflege durch Einzelpersonen als „Tagesmutter“ wird von uns abgelehnt,
- frühestmögliche individuelle Sprachförderung in den Kindertageseinrichtungen unter besonderer Einbeziehung der Kinder mit Migrationshintergrund,
 - keine weiteren Schulschließungen in Castrop-Rauxel, stattdessen: die Voraussetzungen für künftige Stadtteilschulen sichern,
 - Ausbau der Ganztagsangebote an allen Schulen, damit der kostspielige Nachhilfemarkt überflüssig wird. Wir unterstützen hierfür vorzugsweise den Gebundenen Ganztag,
 - personelle Aufstockung an allen Bildungseinrichtungen, z. B. für Vertretungskräfte bei Krankheitsfällen und Fortbildungen sowie standardmäßig für individuelle Förderung und Schulsozialarbeit,
 - Abitur nach 13 Schuljahren (G 9 statt G 8),
 - bessere materielle Ausstattung aller Bildungseinrichtungen als Lern- und Lebensort für Kinder und Jugendliche,
 - frisches, gutes und wohlschmeckendes Essen in allen Schulen und Kindertagesstätten – nicht das billigste Essen für unsere Kinder,
 - verstärkte Förderung des Bildungsfonds für arme Kinder (auf Initiative der LINKEN gegründet für die Unterstützung bei schulischen Lernmitteln oder für das schulische Mittagessen usw.),
 - lebenslanges Lernen insbesondere im kulturellen und politischen Bereich ermöglichen,
 - Institute für Erwachsenenbildung (z. B. VHS, Elternschule) pflegen und fördern,
 - das Westfälische Landestheater stärken,
 - die „Kurbel“ als letztes Kino in Castrop-Rauxel erhalten,
 - Erhalt des Bürgerhauses.

2) Arbeit und Ausbildung statt Armut

Ein Drittel der Bevölkerung in Castrop-Rauxel ist von Armut betroffen oder bedroht. Besonders den Kindern in Armutsfamilien werden dadurch viele Lebenschancen verbaut. Hauptgrund ist die hohe Arbeitslosigkeit, aber auch die Beschäftigung in Minijobs, Teilzeit- und Leiharbeit, bei denen die Einkommen unter dem Existenzminimum liegen.

Für die Bedürftigen vor Ort fordern wir:

- die finanziellen Mittel der Vestischen Arbeit sollen nicht mehr für ineffektive Maßnahmen, wie „1-Euro-Jobs“, verschwendet, sondern für Beschäftigungsmaßnahmen zu tariflichen und sozialversicherungspflichtigen Bedingungen eingesetzt werden,
- Verstärkung der aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen mit einer besseren Zielgruppenförderung,
- Beschäftigungsprogramme für Langzeitarbeitslose, z. B. Bau und Unterhaltung von Infrastruktureinrichtungen, Einrichtung und Betrieb von Läden zur Grundversorgung mit Lebensmitteln für den täglichen Bedarf in den Stadtteilen (z. B. Pöppinghausen und Dingen), Wiederbegründung kommunaler Reparaturkolonnen, Errichtung barrierefreier Toiletten an den wichtigsten Stellen der Stadt (z. B. Busbahnhof),

- Ausweitung der Ermäßigungen, die der CAS-Pass gewährt,
- Gewährung eines Sozialtarifs für Strom und Gas durch die neuen Castrop-Rauxeler Stadtwerke,
- ein kostenfreies Girokonto,
- kostengünstige Zeitungs-Abonnements,
- lebenslanges Lernen in der beruflichen Bildung ermöglichen.

3) Für eine sozial-ökologische Verkehrswende – Grundrecht auf Mobilität

Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Der auf fossilen Brennstoffen basierende Verkehr, insbesondere der Individualverkehr führt zur Verschwendung der Rohstoffe und zu Umweltbelastungen wie Feinstäube, Emission von Treibhausgasen und Verkehrslärm, die für viele Krankheiten der Stadtbevölkerung verantwortlich sind. Auch angesichts der galoppierenden Preise für Benzin und Diesel muss eine Wende weg vom Individualverkehr stattfinden.

Wir fordern daher für Castrop-Rauxel:

- fußgängerfreundliche Verbindungswege und Ampelschaltungen,
- ein vollständiges Fahrradwegenetz,
- den Ausbau des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs (ÖPNV) zu einer echten Alternative zum Individualverkehr durch bessere Taktzeiten und Linienführungen,
- ein echtes Sozialticket für den ÖPNV im VRR-Gesamtbereich,
- Durchführung eines Modellprojektes "Bürgerticket", bei dem alle Bürgerinnen und Bürger ein VRR-Ticket der höchsten Preisstufe erhalten, um ein Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel zu erreichen,
- den Umbau des Bahnhofs Süd der Emschertalbahn (RB 43) zu einem barrierefreien, der zentralen Lage (Einfallstor für die Altstadt) angemessen ausgestalteten Bahnhof,
- barrierefreiheit auch für die anderen Haltepunkte der Emschertalbahn,
- Verknüpfung zwischen der Emschertalbahn, den Buslinien und den PKW-Stellplätzen, z. B. an der Herner Straße,
- Abschaffung der Parkgebühren im gesamten Stadtgebiet und Umstellung auf befristetes Parken mit Parkscheibe,
- Befreiung der innerstädtischen Straßen vom Durchgangsverkehr, insbesondere im inneren Ring der Altstadt – wer in das Stadtzentrum möchte, soll dort parken und einkaufen,
- Bau eines Kreisverkehrs an der Herner Straße/Auffahrt Altstadtring mit Anbindung der Parkplätze, entsprechend des Vorschlags des Arbeitskreises Bürgerfreundliche Altstadt,
- Beteiligung der Stadt Castrop-Rauxel an einem Internetportal zur Bildung von Fahrge-meinschaften,
- Abbau überflüssiger Ampelanlagen, die nur zu Staus führen und Ersatz durch Fußgängerampel (z. B. Berliner Platz).

4) Für eine lebenswerte, soziale Stadt

Eine lebenswerte, soziale Stadt ist eine Stadt der kurzen Wege, mit Stadtteilen, in denen Wohnungen, Einkaufsmöglichkeiten und Bildungseinrichtungen möglichst nah beieinanderliegen. Eine lebenswerte, soziale Stadt verfügt über gut gestaltete Häuser, Straßen und Plätze.

Deshalb:

- müssen Discounter, Supermärkte und andere Geschäfte in Gewerbegebieten außerhalb der Stadtteile verhindert werden,
- soll die Stadt in allen „handelsmäßig abgehängten Gebieten“ (z. B. Dingen, Pöppinghausen, Rauxel-West) Läden mit einem Grundversorgungsangebot an Lebensmitteln initiieren,
- bei zentral gelegenen Flächen ist nur noch eine verdichtete Bebauung zu genehmigen,
- auf grünen Freiflächen darf keine Bebauung erfolgen,
- müssen in den größeren Stadtteilen Bürgerbüros der Stadtverwaltung eingerichtet werden,
- müssen Wohnungen instand gehalten werden. Wenn eine so genannte „Heuschrecke“ ihre Wohnungen vernachlässigt, muss die Stadtverwaltung alle Möglichkeiten des neuen Landes-Wohnungsgesetzes ausschöpfen, um menschenwürdige Wohnverhältnisse wiederherzustellen,
- muss die Stadt für besonders benachteiligte Stadtteile geeignete Fördermittel (z. B. Soziale Stadt) einwerben und qualifizierte Quartiers- oder Stadtteilmanager engagieren, um die Quartiers- oder Stadtteilentwicklung wieder in Schwung zu bringen,
- um die Abhängigkeit von anonymen Wohnungsunternehmen abzubauen und damit die Stadt Castrop-Rauxel selbst wohnungspolitisch handlungsfähig wird, muss eine städtische Wohnungsgesellschaft oder -genossenschaft wieder aufgebaut werden,
- kein Verkauf von städtischen Grundstücken, um nicht künftige Entwicklungen zu verbauen. Wenn dennoch ein städtisches Grundstück zur Verfügung gestellt werden muss, soll dies nur in Form einer Erbpacht erfolgen,
- der Altstadt kern soll repariert und saniert und für die Nutzung durch die Bevölkerung verstärkt mit Ruhe zonen und Spielgelegenheiten für Kinder ausgestattet werden,
- lesbare und ausreichende Beschilderung der Straßen.

5) Sauberkeit und Sicherheit

Bürgerinnen und Bürger fühlen sich in einer Stadt nur wohl, wenn sie nicht verdreckt, Sicherheit gewährleistet ist und keine Angsträume existieren.

Wir fordern:

- an allen Haltestellen des ÖPNV sind Abfallbehälter mit integrierten Aschenbechern aufzustellen,
- an zentralen Punkten, z. B. Altstadt sollen größere Abfallkörbe aufgestellt werden,
- ähnlich wie in den Niederlanden sollen auch an größeren Kreuzungen größere Abfallkörbe aufgestellt werden, damit die Autofahrer ihren Müll nicht mehr auf die Straße, sondern in diese Behälter werfen,
- an zentralen Punkten, z. B. Busbahnhof oder Hauptbahnhof, soll durch verstärkte Kontrollen das Sicherheitsgefühl erhöht werden,
- die Angsträume, z. B. Kuopioplatz, die Brücke unter dem Altstadttring und Zebrastreifen sollen durch bessere Beleuchtung und Kontrollen sicherer werden.

6) Freizeit und Sport verbessern die Lebensqualität

Freizeit- und Sportangebote sind eine wesentliche Säule für das Leben einer Stadt und daher auch ein so genannter „weicher Standortfaktor“ für interessierte Unternehmen. Diese Angebote müssen deshalb auch aus Gründen der Wirtschaftsförderung gesichert und für Trendsportarten erweitert werden.

Wir fordern:

- Beibehaltung ausreichender Sportplätze, Sportanlagen und Schwimmbäder für den Schul- und Vereinssport,
- Möglichkeit der Nutzung aller Sportplätze und -anlagen auch für Individualsportlerinnen und -sportler,
- Weiterentwicklung von dezentralen, wohnortnahen Freizeit- und Sportangeboten in allen Ortsteilen,
- Schaffung neuer Möglichkeiten für Inliner, Skater und Mountainbiker – Kletterwände, ein Hochseilgarten, ein Baumkronenpfad und Mehrgenerationenspielflächen fehlen in Castrop-Rauxel ebenfalls.

7) Klimafreundliche Stadt im Grünen

Castrop-Rauxel zeichnet sich durch einen hohen Grünflächenanteil aus. Dazu gehören Parks und Grünanlagen wie der Stadtgarten, der Erin-Park oder die Halde Schwerin, Kleingärten, land- und forstwirtschaftliche Flächen, die renaturierte Emscher mit ihren Zuflüssen sowie Naturschutzgebiete. Solche Grün- und Freiflächen sind wichtig für Freizeit und Erholung, für die verbrauchernahe Lebensmittelerzeugung, aber auch für Klimaschutz und Klimaanpassung und müssen deshalb erhalten bleiben.

Weitere Anstrengungen zum Klimaschutz und für die Energiewende sind erforderlich, z. B.:

- Verhinderung von neuen Kohlekraftwerken,
- verstärkte Beratung zur Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden,
- Ausbau regenerativer Energieerzeugung und dezentraler Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung,
- Ermittlung der so genannten „Wärmesenken“, d. h. der Gebäude mit ganzjährigem Wärmebedarf in Castrop-Rauxel, umgehende Veröffentlichung des diesbezüglichen Gutachtens,
- Nutzung aller Bio- und Grünabfälle sowie der herbstlichen Laubmengen zur Biogas-erzeugung, Bau und Betrieb der dafür erforderlichen Biogasanlagen mit Trockenfermentationsverfahren,
- zur Energieeinsparung sollen Straßenlaternen mit Bewegungsmeldern ausgestattet werden.

8) Kommunale Finanzen

Castrop-Rauxel leidet seit Jahren unter der schlechten Haushaltslage. Folge des vom Land NRW beschlossenen Stärkungspaktgesetzes sind rigorose Kürzungsmaßnahmen sowie Erhöhungen von Steuern und Gebühren für die Bürgerinnen und Bürger, z. B. höhere Grundsteuern, höhere Gebühren bei Bädern, VHS, Bücherei.

Änderungen sind erst dann und nur dann zu erwarten, wenn auf Bundesebene bei den Verhandlungen zur Föderalismusreform Vorschläge der LINKEN aufgegriffen werden. Hierfür fordert die LINKE eine Neuverteilung der heutigen, aber auch neue Steuern (z. B. höhere Einkommenssteuer, Vermögenssteuer, Börsenumsatzsteuer) und einen größeren Anteil der Kommunen.

Sobald die LINKE in den Wahlen so stark geworden ist, dass ihre Forderungen nicht mehr überhört werden können, können im gesamten Land und damit auch in den Kommunen Veränderungen zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger eingeführt werden.

9) Dezentrale Verwaltung

Dank Computerisierung ist es heute nicht mehr erforderlich, Bürgerinnen und Bürger in das Rathaus oder die entsprechenden Kreiseinrichtungen zu befehlen. Viele Aufgaben lassen sich vom eventuell vorhandenen heimischen Computer, auf jeden Fall aber von dezentralen Verwaltungsstellen erledigen.

Deshalb werden wir uns einsetzen:

- für kommunale Stadtteilbüros in allen größeren Ortsteilen,
- dafür, dass in den Stadtteilbüros möglichst viele Kreisangelegenheiten, z. B. An- und Abmeldung von Kraftfahrzeugen, vorgenommen werden können.

10) Kommunale Selbstverwaltung stärken

Castrop-Rauxel ist unsere Lebensumwelt; hier wollen die Menschen sich wohlfühlen und engagieren. Hier wollen sie als Bürgerinnen und Bürger über wichtige Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge selbst bestimmen.

Wir fordern:

- Rekommunalisierung von privatisierten Bereichen, z. B. der früheren städtischen Wohnungsgesellschaft GEWO,
- Kommunalisierung von Basiseinrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, vor allem über die Netze und die Versorgung mit Strom und Gas,
- frühzeitige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an städtischen Entscheidungen durch öffentliche Information und Bürgerinnen- und Bürgerversammlungen,
- Einführung des „Bürgerhaushaltes“, den es schon in vielen Kommunen gibt, damit sich die Bürgerinnen und Bürger, verstärkt an der Gestaltung des kommunalen Haushalts beteiligen können,
- junge Menschen ernst zu nehmen und verstärkt an den kommunalen Entscheidungsprozessen zu beteiligen (KiJuPa, Stadtjugendring),
- Einbeziehung ALLER (nicht nur der Vertreter von Handel und Gewerbe) in die Planungen in den Stadtteilen,
- regelmäßige Einwohnerversammlungen in den Stadtteilen.